



Bundesamt für Strassen
Abteilung Strassennetze
Bereich Netzplanung
Mühlestrasse 2
3003 Bern

Urtenen-Schönbühl, 7.4.2009 pb/kö

Bundesbeschluss über das Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, im Rahmen der genannten Vernehmlassung Stellung nehmen zu können, bedanken wir uns.

Der Schweizerische Gemeindeverband vertritt die Interessen der ihm angeschlossenen rund 1'900 vorwiegend kleineren und mittleren Gemeinden sowohl in ländlichen Gebieten als auch in den Agglomerationen. Wir beschränken deshalb unsere Stellungnahme auf einige grundsätzliche Bemerkungen.

Der Schweizerische Gemeindeverband ist der Auffassung, dass die Nationalstrassen nicht nur für die Erschliessung der grossen Agglomerationen, sondern generell aller Landesgegenden und damit für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes von zentraler Bedeutung sind. Entsprechend wichtig ist aus Sicht des Verbandes sowohl die rasche Fertigstellung des Nationalstrassennetzes gemäss Netzbeschluss aus dem Jahre 1960 als auch die Behebung der bereits heute in den grossen Städten und Agglomerationen bestehenden gravierendsten Engpässe.

Der Einsatz der finanziellen Mittel für die Beseitigung der Engpässe im Nationalstrassennetz basiert gemäss dem Bericht für die Vernehmlassung auf einer Gesamtschau, die alle Verkehrsträger und alle möglichen Finanzierungsgefässe miteinander bezieht. Der Schweizerische Gemeindeverband unterstreicht die Notwendigkeit einer solchen Gesamtschau. Er erwartet vom Bund aber eine über den Bereich der Nationalstrassen hinausgehende Gesamtverkehrsbetrachtung, welche zum Erkennen auch anderer Verkehrsengpässe und mit Unterstützung des Bundes auch zu deren Beseitigung führt.

Bezüglich der im Bericht aufgeführten drei Optionen für die allfällige Übernahme der knapp 400 km bestehender Strassen ins Nationalstrassennetz hält der Schweizerische Gemeindeverband fest, dass der Bund sämtliche zur Diskussion stehenden Strassenabschnitte in seine Kompetenz überführen soll und die anfallenden Kosten auch vollumfänglich finanzieren muss. Für die Beschaffung der dazu notwendigen Mittel wäre der Verband mit einer Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlages in der Höhe von insgesamt 9 Rappen einverstanden.

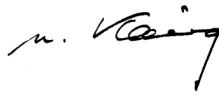
Für Ihre Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anmerkungen danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gemeindeverband

Präsident

Direktor



Hannes Germann
Ständerat

Ulrich König

Kopie an:

- Schweizerischer Städteverband SSV, Bern
- Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB, Bern
- Schweizerischer Verband der Bürgergemeinden und Korporationen SVBK, Bern